

Terrorismus, der libysch-amerikanische Konflikt und innerarabische Konsequenzen

Dr. Hanspeter Mattes, geb. 1951 in Schwäbisch Hall, studierte Volkswirtschaftslehre, Politische Wissenschaft und Entwicklungsökonomie in Heidelberg. Er hat sich mehrere Jahre lang zu Sprach- und Studienzwecken in Tunesien und Libyen aufgehalten. Seit 1983 ist er Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Orient-Institut in Hamburg.

Terrorismus: Facetten einer Anschuldigung

Die sich häufenden Gewaltaktionen 1985/86 in Europa (zum Beispiel Aktionen der in Belgien ansässigen „Kämpfenden Kommunistischen Zellen“ und der von Frankreich aus operierenden „Action directe“), in Lateinamerika (so die Geiselnahme im Justizpalast von Bogota durch M-19 Guerillas am 6. November 1985 mit 88 Toten) und in Nahost oder mit diesem Raum zusammenhängend (Ermordung von drei israelischen Staatsbürgern auf Zypern im September 1985; israelischer Luftangriff auf das PLO-Hauptquartier bei Tunis am 1. Oktober 1985; Kaperung der Achille Lauro, US-Abfangaktion der Egypt Air-Maschine am 11. Oktober 1985, um der Achille Lauro-Entführer habhaft zu werden; Entführung desselben Egypt Air-Flugzeuges nach Malta durch eine arabische revolutionäre Organisation im November 1985 mit 61 Toten bei einer wenig erfolgreichen Befreiungsaktion der ägyptischen Armee; die Attentate auf die Flughäfen von Wien und Rom am 27. Dezember 1985; die Abfangaktion eines libyschen Verkehrsflugzeuges durch die israelische Luftwaffe im Februar 1986; das Attentat auf die TWA-Maschine am 2. April und auf die Bernner Discothek „La Belle“ am 5. April 1986; der als Strafaktion gegen Libyen gedachte US-Angriff auf Tripolis und Benghazi am 15. April 1986 mit 37 Toten, oder die Bombenattentate der muslimischen Opposition in Syrien am 17. April 1986 mit über 140 Toten) haben einen Kommentator der französischen Tageszeitung „Le Monde“ bereits im Dezember 1985 veranlaßt, vom Terrorismus als einem zukunftssträchtigen Betätigungsfeld („metier d'avenir“) zu sprechen.¹

Eine andere Pariser Zeitung meinte gar, „als Mann des Jahres (1985) könnte man ‚den Terroristen‘ bezeichnen“.² Da andererseits der libysche Revolutionsführer Muammar al-Qaddafi für gewisse politische Kreise der Vereinigten Staaten zum „obersten Terroristenanführer“ avancierte, ließe sich

¹ Le Monde (Paris), 29730.12.1985: Terroristes. Un metier d'avenir.

² Vgl. Terrorisme, in: Gresh/Vidal: Les 100 portes du proche-orient. Paris 1986, S. 227.

ableiten, daß „Qaddafi der Mann des Jahres 1985“³ war, eine Einschätzung, die zumindest dieses Jahr von einem Teil der arabischen Bevölkerung geteilt wird, für die Qaddafi durch seine Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten zum „Helden des anti-imperialistischen Kampfes“ (L'Orient-Le Jour) aufgestiegen ist. Libyen beziehungsweise Qaddafi gilt für jene ausschließlich im Ost-Westgegensatz denkenden Kommentatoren aber auch als „Satellit Moskaus“, so daß sich in einem weiteren Schritt folgern ließe, daß sowjetische Politik irgendwie mit „Terrorismus“ verknüpft ist - und wiederum liegt man nicht ganz falsch, denn die Schwarzweißmalerei in der amerikanischen Politik und das selektive Terrorismusverständnis Präsident Reagans lassen eine solche Interpretation durchaus zu.⁴ In diesem Sinne schreibt Fritz Edlinger von der Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen: „Es gibt in bestimmten Teilen der westlichen Welt, vor allem in der Welt von republikanischen US-Amerikanern eine offensichtliche Begriffsverwirrung. Für sie ist nämlich Terror nicht gleich Terror; es kommt darauf an, wer die Terrorakte verübt. Die von der ausgezeichnet funktionierenden israelischen Militärmaschinerie perfekt durchgeführte Invasion im Libanon, die von der israelischen Armee geduldeten Massaker in Sabra und Shatila, der Luftangriff auf das PLO-Hauptquartier nahe Tunis oder die seit 1967 konsequent und brutal verfolgte Besatzungspolitik in der Westbank und im Gazastreifen - das alles ist natürlich kein Terror.“⁵

Diese (bewußte) Ausklammerung findet ihr Pendant auf der anderen Seite in der (bewußten) Diffamierung von politischem Freiheitskampf als Terrorismus. Ob die USA bezüglich Nicaragua (Contras = Freiheitskämpfer), Südafrika gegenüber der SWAPO beziehungsweise dem ANC (= Terroristen) oder Israel gegenüber der PLO („Für die israelische Regierung und eine Mehrheit der israelischen Bevölkerung verkörpert die PLO den Terrorismus“, Gresh/Vidal) - die politischen Absichten sind offensichtlich. Sie können aber nur politische Ignoranten täuschen, und die Betroffenen selbst verteidigen sich gegen diese Unterstellung. So hat zum Beispiel der algerische Außenminister Brahimi anlässlich seines Österreich-Besuchs am 20. März 1986 deutlich zwischen „dem legitimen Befreiungskampf, wie dem Kampf der Algerier gegen Frankreich oder dem Kampf der Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten, und dem Terrorismus“⁶ unterschieden und der britische Historiker Edward P. Thompson kritisierte die globale „Einäugigkeits-Ideologie“ hinsichtlich des Terrorismus mit einem Hinweis auf seine historische Verschach-

3 Zumindest für brasilianische Reisebüros ist Qaddafi der Mann des Jahres: aus Angst vor Terroranschlägen in Europa und wegen der Nachwirkungen von Tschernobyl verzeichnen brasilianische Reisebüros bis zu 30 % mehr Buchungen nordamerikanischer Touristen für Copacabana, Bahia und den Amazonasurwald. Vgl. Kommentar in: NDR/WDR, Echo des Tages, 24. 5.1986.

4 Vgl. Carroll, John J.: The Reagan administration and terrorism, in: AAUG. Mideast Monitor (Belmont), Band 2, Nr. 4, Oktober 1985, S. 2-3.

5 Edlinger, Fritz: Betrachtungen zum Thema Terror, in: Bulletin 1/1986 der Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen (Wien), S. 10.

6 Orientierung. Euroarabische kulturpolitische Zeitschrift (Wien), Nr. 2, 1986, S. 2. Da ist es reiner Zynismus, wenn „Thatcher teils PLO: shift views or lose role“ (International Herald Tribune, 28.5.1986), d. h. entweder vom Befreiungskampf = Terrorismus zu lassen oder „ihre Rolle an eine andere repräsentative Palästinavertretung zu verHeren“.

telung: „Der Terrorismus reicht weit zurück ... Wo soll man beginnen? Beim britischen Bombardement Beiruts? Dem Drusen-Massaker an Christen? Beim Bombenanschlag von Herrn Begins Bande auf das mit Engländern vollbesetzte St.-Davids-Hotel? Bei den israelischen Bombenangriffen auf den Libanon? Bei den von der CIA unterstützten Abenteuern - zunächst den bewährten Antikommunisten Qaddafi ins Amt zu bringen und versuchen, ihn umzubringen, wenn er sich als weniger gefügig erweist? Beim Untergang libyscher Matrosen im amerikanischen Feuer in der Großen Syrte im letzten Monat? Bei der Berliner Discothek? oder mit dem Staatsterrorismus - und Mordversuch - der F-111-Bomber-Angriffe auf Tripolis?“⁷ Die militärische Aktion als Mittel zur Bekämpfung des Terrorismus⁸ hat jedenfalls zur Zeit - trotz geringster Erfolgsaussichten - Hochkonjunktur, wobei eine Aktion durch die vorhergehende legitimiert wird.⁹ Umberto Eco, Spezialist für Semiotik, hat dafür zwei Erklärungen parat. So hat - er bezieht sich speziell auf den amerikanischen Luftangriff auf Tripolis und Benghazi - diese Aktion das irrationale Syndrom bekräftigt, „man müsse auf den internationalen Terrorismus mit traditioneller Tatkraft reagieren. Reagan, ein Mann von geringer Bildung, liest keine Statistiken. Die Zahl der in einem Jahr vom internationalen Terrorismus getöteten Amerikaner war bisher weit niedriger als die in einer Nacht in New York ermordeten.“¹⁰ Aber emotionale Wellen sind emotionale Wellen: ein Amerikaner, der auf dem Flughafen Fiumicino von arabischen Terroristen getötet wird, zählt mehr als hundert Amerikaner, die von gewöhnlichen hausgemachten Drogensüchtigen und Kriminellen umgebracht werden. Daher die Reaktion... Das zweite Syndrom war die allenthalben sich regende heimliche Faszination angesichts der Rückkehr zur altgewohnten Ikonologie der großen Kriege von früher: Kanonenboote vor der feindlichen Küste, Bombardements, Bestrafung der Übeltäter, flatternde Fahnen im Wind..“¹¹

7 Thompson, E. P.: Open letter to President Rambo, in: The Observer (London), 27.4.1986/Kuwait Times, 3.5.1986; deutsche Übersetzung in: Der Spiegel (Hamburg), Nr. 19, 5.5.1986, S. 142-143. Im Auszug bei Middle East International (London), 2.5.1986, S. 21, fehlt der Satz mit Bezug auf die CIA-Unterstützung für Qaddafi Anfang der siebziger Jahre. Zur Geschichte speziell der Flugzeugentführungen vgl. Gresh/Vidal, a. a. O., S. 228. Diese Chronologie beginnt mit der vom französischen Ministerpräsidenten Guy Mollet am 22.10.1956 angeordneten Abfangaktion eines Flugzeugs zwischen Rabat und Tunis, um Ben Bella und andere Mitglieder des algerischen FLN zu verhaften.

8 Zahlreiche Leitartikel setzen sich kritisch mit der Militäraktion auseinander. Vgl. die Zusammenfassung der Argumente bei H. Nussbaumer: Ziele getroffen - das Ziel verfehlt, in: Kurier (Wien), 16.4.1986 und International Herald Tribune, 24. 4.1986: Bombs don't stop terrorism; ebenda, 28. 4.1986: US Policy on terror lacks consensus. Immer wieder wird auch auf die Ursachen des Terrorismus/Befreiungskampfes hingewiesen, die beseitigt werden müssen, soll eine Befriedung der Spannungen in Nahost und anderswo einsetzen. Vgl. Jobert, Michel: Les racines du terrorisme, in: L'Opinion (Rabat), 18. 5.1986.

9 Vgl. Le Monde, 22. 5.1986: M. Botha compare les raids contre l'ANC à ceux des Etats-Unis contre Tripoli et d'Israel contre l'OLP en Tunisie.

10 Der Reagansche Rundumschlag gegen den Terrorismus, weil darunter besonders US-Bürger zu leiden hätten, ist nicht überzeugend: 1985 gab es 812 terroristische Aktionen, davon weniger als 20, in die US-Bürger verwickelt waren (mit insgesamt 23 getöteten US-Bürgern). „None of the incidents was known to be the work of Libyan terrorists“ (Neff, Donald: The shift in US policy that threatens disaster, in: Middle East International, 2. 5.1986, S. 3-4).

11 Eco, Umberto: Streichholzbriefe. Die List der Vernunft, in: Die Zeit (Hamburg), Nr. 22,23.5.1986. Über den inneren Zusammenhang zwischen Reagan-Doktrin und diesem Militärsyndrom im Kontext des Ost-West-Konflikts vgl. Financial Times (London), 16. 4.1986: Reagan bids goodbye to the Vietnam syndrome; Weltwoche (Zürich), 24. 4.1986: Der Weltmissionar in Cowboystiefeln; Klare, Michael: La nouvelle doctrine d'intervention americaine, in: Le Monde Diplomatique (Paris), März 1986.

Läßt sich *mit* Hilfe der politischen Psychologie eine solche Entwicklung noch einigermaßen problemlos nachvollziehen, bedarf es allerdings intensiverer Studien, um die Ursachen des derzeitigen libysch-amerikanischen Konflikts zu verstehen. Tatsache ist, daß sich die Vereinigten Staaten nicht allein wegen des „Terrorismus“ in „Libyen wie ein Hund in einen Knochen verbissen haben“ (Kurier), zumal inzwischen nachgewiesen ist, daß andere Staaten (Syrien, Iran) in dieser Hinsicht zumindest ebenso „schuldig“ sind,¹² sondern vielmehr ein übersteigertes libysches Nationalbewußtsein und der ideologische Messianismus Qaddafis, der zu einem weltweiten Beziehungsgeflecht libyscher Politik auf staatlicher und nichtstaatlicher Ebene geführt hat, für den libysch-amerikanischen Konflikt eine weitaus wichtigere Rolle spielen, zumal dieses Beziehungsgeflecht für die libyschen außenpolitischen Akteure anti-amerikanisch, antikolonialistisch und anti-imperialistisch orientiert ist.

Daß der Terrorismus in der libysch-amerikanischen Auseinandersetzung nicht die Rolle spielt, die ihm von Reagan oder den Medien zugewiesen wurde, zeigt sich auch anhand einer Studie des State Department vom Januar 1986 („Libya under Qadhafi: a pattern of aggression“).¹³ Darin wird zwar konstatiert, Qaddafi sei „teilweise feindlich gegenüber Israel und den Vereinigten Staaten“, aber es wird - abgesehen von der Zerstörung der US-Botschaft in Tripolis im Dezember 1979 aus Solidarität mit den Teheraner Botschaftsbesetzern und wenigen nicht zur Ausführung gekommenen Anschlägen auf US-Diplomaten - kein Beispiel einer direkten terroristischen Aktion Libyens gegen einen Amerikaner aufgeführt. Vielmehr heißt es in der Studie: „Die Hauptziele direkter libyscher Terroraktionen bildeten libysche Dissidenten im Exil...“ Bis zur Sirte-Konfrontation vom 24. März 1986 (libyscher Raketenangriff) war das libysche Gewaltpotential also „eng auf andere Libyer, auf Nachbarn von Libyen oder auf Israel, nicht aber auf Amerikaner gerichtet“.¹⁴

Die historische Dimension des Konflikts

Im Zusammenhang mit dem Luftangriff auf Tripolis und Benghazi haben die Medien auch den historischen Vorläufer des gegenwärtigen Konflikts, den tripolitanisch-amerikanischen Krieg von 1801 bis 1805¹⁵ entdeckt und - her-

12 So ist die libysche Verwicklung in das Attentat auf die Discothek La Belle für viele nach wie vor nicht bewiesen, zeigen sich doch immer mehr Spuren, die in die syrische Botschaft nach Ostberlin führen. Diese syrische Verwicklung hat sich auch für die Flughafen-Attentate von Rom und Wien herauskristallisiert. Vgl. z. B. International Herald Tribune, 13.1.1986: Assad, not Qadhafi, is the troublemaker to watch, und ebenda, 22.5.1986: Terrorist in Rome links Syria to airport attacks.

13 Vgl. deutsche Übersetzung: Libyen. Terrorismus als Mittel der Außenpolitik, in: Sicherheitspolitische Nachrichten (Erfstadt), Sonderausgabe 86/TV, 24. 3. 1986. Daß dieser Text eine Übersetzung ist, wird nicht erwähnt. Überhaupt ist die Übersetzung wie schon der modifizierte Titel angibt, tendenziös; so wird z. B. aus der Kapitelüberschrift „Radicalism in the Arab World“ die Überschrift „Libysche Verbindungen zum nahöstlichen Terrorismus“.

14 Neff, Donald, a. a. O., S. 3-4.

15 Vgl. dazu Folleyan, Kola: Tripoli and the war with the USA, 1801-5, in: Journal of African History (London), XU!, 2, 1972, S. 261-270 und derselbe: The Tripolitan War: a reconsideration of the causes, in: Africa (Rom), Band XXVE, 1972, S. 615-628.

ausgerissen aus dem Kontext - für einen Vergleich herangezogen, wobei die eigentlichen Ereignisse nicht immer gewissenhaft wiedergegeben wurden.¹⁶ Sicherlich richtig ist die Feststellung, daß die Konfrontation zwischen beiden Staaten Tradition hat (bis auf die Periode zwischen 1951 und 1969, als das ökonomisch kaum existenzfähige Königreich Libyen durch Militär- und Wirtschaftskooperationsverträge an den Westen gebunden war) und sich hinsichtlich der bilateralen Beziehungen eine Kontinuität des eingesetzten politischen Instrumentariums aufzeigt: von der Kanonenboot-Politik Präsident Jeffersons zu derjenigen der Reagan-Administration, von den Versuchen, die Herrschaft von Yusuf Qaramanli Pascha zu destabilisieren, zu den Anstrengungen, das gegenwärtig in Libyen etablierte politische System mit Muammar al-Qaddafi an der Spitze durch ein prowestlicheres Regime zu ersetzen. Daß dabei die Tatsache nicht wahrgenommen wird, daß solche Bemühungen auch kontraproduktiv sein können, hegt mit an der Fehleinschätzung nordafrikanischer, speziell libyscher Politik. Diese Fehleinschätzung hat ihre Ursache in der bis heute vorherrschenden Dominanz von Klischees und Vorurteilen über die Maghrebstaaten, die zu durchbrechen bislang den wenigen seriösen Autoren nicht gelungen ist.

Der Hinweis auf die erste libysch-amerikanische Konfrontation steht andererseits nicht aus Zufall am Beginn der Ausführungen zu den Beziehungen zwischen den USA und Libyen. Zum einen sind es die historischen Parallelen, die sich aufdrängen, zum anderen resultiert die politische Haltung der revolutionären Führung Libyens seit 1969 gegenüber den USA teilweise auf den negativen Erfahrungen mit dieser Großmacht. Mit dem Hinweis auf historische Parallelen wurde explizit auf den Versuch der USA angespielt, durch geheimdienstliche, militärische oder wirtschaftliche Maßnahmen, sei es das Hilton-Agreement, die Präsenz von AWACS-Flugzeugen und US-Kriegsschiffen in der Nähe libyscher Grenzen oder den von der Reagan-Administration verhängten Boykott libyschen Erdöls und so weiter, Libyens eigenständige Politik zu beeinflussen oder zu beenden. Die derzeitige amerikanische Regierung“ greift dabei zu ähnlichen Methoden und Mitteln wie Präsident Jefferson.

Dies hängt vor allem mit den unveränderten amerikanischen Interessen zusammen, zu denen neben den Ambitionen und Versuchen, bereits Ende des 18. Jahrhunderts im Mittelmeerraum Fuß zu fassen, die Freiheit des Seehandels und der freie Zugang zu internationalen Gewässern gehören. Die historische Sicht zeigt aber auch den Überlegenheitsanspruch der USA: So wie für die USA Ende des 18. Jahrhunderts „diese erste ganz klare Herausforderung amerikanischer Interessen durch kleine Mächte zu einem Ausbruch des Nationalismus und dem Aufbau der amerikanischen Flotte führte“, diese Politik den Grundstein legte „für eine ständige Präsenz der USA im Mittelmeer – ein

¹⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. 4. 1986: Als Jefferson den Karamanlis trotzte (Wolfgang G. Leren); *Algerie-Actualite* (Algier), 3. - 9. 4. 1986: L'aggression US contre la Libye; *International Herald Tribune*, 19. - 20. 4. 1986: On the shores of Tripoli, U.S. graves from 1804, oder *Le Monde*, 22. 4. 1986: Un precedent peu connu: L'attaque des marines contre Tripoli en 1801.

Erbe, das heute die Sechste Flotte wahr“,¹⁷ so wenig sind die USA heute bereit, Entwicklungen zu dulden, die dieser historischen Präsenz und ihren Interessen entgegenlaufen. Die Politik gegenüber dem revolutionären Libyen ist dafür ein beredtes Beispiel. Man kann daher durchaus der These von Claudia Wright zustimmen, „daß der Grund für den amerikanischen Widerspruch zu Qaddafi der Konflikt darüber ist, wer das Mittelmeer beherrschen soll“.¹⁸ Weitere Punkte verschärfen jedoch den Antagonismus zwischen amerikanischer und libyscher Politik.

Konfrontationskurs im militärischen, politischen und ideologischen Bereich seit 1969

Libyen war nach der Erlangung der Unabhängigkeit 1951 kein Staat, in dem das libysche Volk politische Entscheidungen traf, sondern eine begrenzte Anzahl von Familien mit religiösem Hintergrund (wie die Sanusi), mit bürokratischer Tradition (wie die Amir) oder traditionelle Familien (wie die Muntasir, Kihkya) in Abhängigkeit von Budgethilfen der USA und Briten (für die Überlassung von Militärstützpunkten) beziehungsweise nach Entdeckung der Erdölvorkommen in Abhängigkeit von den britisch-amerikanischen Erdölfirmen (die einen Staat im Staate bildeten), den italienischen und britisch-amerikanischen Banken eine zwangsweise prowestliche Außenpolitik verfolgte, die im Widerspruch zur panarabischen, an Nassers Ägypten ausgerichteten politischen Grundströmung stand. Dies war in Verbindung mit den negativen Auswirkungen der ökonomischen laissez-faire-Politik (Landflucht, Slumbildung) und der Umwandlung Libyens in eine unproduktive Rentiergesellschaft die Hauptursache für die Septemberrevolution 1969, deren Anliegen jedoch über die Neuorientierung der Außen- und Wirtschaftspolitik hinaus eine grundsätzliche Restrukturierung der politischen und sozioökonomischen Entwicklung war. Die Konzeption und ideologische Rechtfertigung dieser Neuorientierung wurde vom Vorsitzenden des libyschen Revolutionsrates Muammar al-Qaddafi in der 1972 ausgearbeiteten Dritten Theorie (ab 1973: Dritte Universale Theorie genannt) - die einen Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus propagierte - geleistet.

Im Rahmen der vom Revolutionsrat angestrebten Befreiung Libyens von fremder Vorherrschaft beziehungsweise der Verwirklichung tatsächlicher Unabhängigkeit war es das erste Ziel der revolutionären Führung, die Militärbasen der Amerikaner und Briten in Libyen aufzulösen. Nachdem die Briten am 28. März 1970 ihre Stützpunkte nach entsprechenden Verhandlungen mit Jallud räumten, mußten die Vereinigten Staaten am 11. Juni 1970 ihren am 10. September 1954 vertraglich begründeten Luftwaffenstützpunkt Wheelus-Airbase, der für die Nato große strategische Bedeutung besaß und ideale Ausbil-

17 Kortepeter, C. M.: The United States encounters the Middle East: The North African Emirates and the U.S. Navy (1783-1830), in: *Revue d'Histoire Maghrebine* (Tunis), 10. Jahrgang, Nr. 31-32, Dezember 1983, S. 301-313, hier S. 310.

18 Wright, Claudia: Libya and the West: headlong into confrontation, in: *International Affairs* (London), Nr. 58, 1981-82, S. 13-41, hier S. 19.

dungsmöglichkeiten bot, verlassen. Die Versuche der USA, in den Verhandlungen mit dem Revolutionsrat doch noch zu einer Übereinkunft über den Erhalt ihres größten Stützpunktes außerhalb der USA zu gelangen, waren an der konsequenten Haltung Qaddafis gescheitert. Der Räumung von Wheelus-Airbase folgte am 5. Februar 1972 der Abschluß eines Vertrages zwischen Libyen und den USA über die Aufhebung aller Verträge (militärischer oder wirtschaftlicher Art), die während der Regierungszeit von König Idris mit den USA geschlossen wurden.

Damit fand die erste Phase der Neugestaltung der libysch-amerikanischen Beziehungen ihren Abschluß. Eine zweite Welle von Maßnahmen, die gegen die USA (und andere westliche Staaten) gerichtet waren, wurde von Qaddafi anlässlich seiner Rede zum 3. Jahrestag der Räumung von Maatiqa-/Ex-Wheelus-Airbase am 11. Juni 1973 angekündigt: „Der amerikanische Imperialismus hat alle Grenzen überschritten. Die Amerikaner unterstützten unseren Feind Israel, bedrohen unsere Sicherheit mit ihren Flugzeugträgern, und ab und zu bedrohen sie unsere Territorialgewässer.“¹⁹

Es sei höchste Zeit, so Qaddafi, daß die Amerikaner einen „Schlag in ihr arrogantes Gesicht“ erhielten (eingeleitet mit der Verstaatlichung der amerikanischen Ölfirma „Nelson Bunker Hunt“). Diese Verstaatlichung diene gleichzeitig als Warnung für die anderen in Libyen operierenden Ölfirmen, sich bei den seit April 1973 laufenden Verhandlungen über die Nationalisierung des Erdölsektors den Vorstellungen der libyschen Regierung zu beugen. Während sich die politischen bilateralen Beziehungen damit sehr schnell auf ein äußerst niedriges Niveau absenkten, bestanden dessen ungeachtet auf wirtschaftlicher (und kultureller) Ebene trotz der politischen Gegensätze bis 1985/86 intensive Kontakte.

Die von Qaddafi geforderte Bekämpfung Amerikas auf eigenem Boden wird von Seiten Libyens im Rahmen der allgemeinen Unterstützung der um ihre „Selbstbefreiung ringenden Völker und Minoritäten“ sowie der „Unterstützung für die Muslims der Welt“ durch die Zusammenarbeit mit dem American Indian Movement und den Black Muslim in den USA vollzogen.²⁰ Diese Haltung hat Qaddafi bereits am 11. Juni 1972 anlässlich des 2. Jahrestages der Räumung von Wheelus-Airbase kommentiert: „Brüder, nachdem wir diesen Militärstützpunkt vom amerikanischen Kolonialismus befreit haben, greift der Kampf heute auf das Herz Amerikas über. Die Libysch-Arabische Republik verkündet ihre Unterstützung der schwarzen Bewegung in Amerika und sie steht 25 Millionen schwarzen Amerikanern bei, die das Einsetzen der Libysch-Arabischen Republik für ihre Sache verlangten; und die Libysch-Arabische Republik hält zu ihnen mit Freundschaft, Treue und im Glauben ...“²¹

19 Übersetzung aus der Sammlung der Reden des libyschen Revolutionsführers (in Jahrbänden mit 800 -1400 Seiten), dem sog. as-sijill al-qawmi (Nationales Register), mit chronologischer Ordnung der Reden.

20 Vgl. Libyan Arab Republic. Ministry of Information (Hrsg.): The Libyan Arab Republic and the world. Tripolis 1973. S. 19 f.

21 Die Revolution des libysch-arabischen Volkes (in arabisch). Tripolis 1972. Band 1, S. 209.

Trotz der verbalen Aggressivität gegenüber den USA und der ideologischen Differenzen (Ablehnung eines Parteiensystems und des Parlamentarismus, rigide Verurteilung jeglicher Form privatwirtschaftlicher Aktivitäten und Lohnarbeit, wie im 1975 bis 1979 publizierten Grünen Buch Qaddafis ausgeführt) kam es vom 9. bis 12. Oktober 1978 zu einem vom libyschen „Büro für Auswärtige Beziehungen“ veranstalteten „Arab American Peoples Dialogue“ (mit Teilnahme amerikanischer Politiker wie zum Beispiel Senator William Fulbright). Allerdings kristallisierten sich auf der Konferenz sehr schnell die Hauptprobleme für eine politische Annäherung beider Staaten heraus: die ungelöste Palästinafrage und die amerikanische Unterstützung Israels und des Zionismus. Qaddafi konstatierte in seiner Rede am 11. Oktober 1978²² zwar das Fehlen jeglicher direkten Ursache für einen amerikanisch-arabischen Konflikt („Wir haben weder einen Teil Amerikas besetzt, noch Amerika einen Teil der arabischen Heimat; es gibt keine gemeinsamen Grenzen zwischen Arabern und Amerikanern . . .“) und trotzdem sei die amerikanische Politik den Arabern wie allgemein den fortschrittlichen freiheitsliebenden Kräften gegenüber feindlich eingestellt. Qaddafi rief die amerikanische Führung auf, ihre Politik zu überprüfen, sich von ihren „falschen Göttern“ zu befreien und besonders gegen den „marodierenden Einfluß des Zionismus in der amerikanischen Gesellschaft anzukämpfen“.

Die eigentliche Konfrontationsphase innerhalb der libysch-amerikanischen Beziehungen mit einer Tendenz zur militärischen Eskalation begann im Dezember 1979, als im Zuge einer Solidaritätsdemonstration mit den Teheraner US-Botschaftsbesetzern 2 000 libysche Demonstranten und Milizionäre die US-Vertretung in Tripolis stürmten und in Brand steckten. Dieses Ereignis fällt zugleich in eine Periode innerlibyscher Politik, die durch eine zunehmende ideologische Ausrichtung des Wirtschaftssektors und gesellschaftliche Militarisierung (Abschaffung des privaten Binnenhandels, Produzentenrevolution, Militarisierung der Schulen und Universitäten) gekennzeichnet ist, wobei diese sogenannte „Jamahirisation“ abgesichert wird durch die sich seit 1978 formierenden Revolutionskomitees, die die Umsetzung der politischen Konzeption des libyschen Revolutionsführers (so der Titel Qaddafis seit dem 2. März 1979) sichern. Mit der zunehmenden Militanz der libyschen Revolution sind zwei Aspekte verbunden, die weltweite (Medien-)Aufmerksamkeit erregten und Gegenmaßnahmen hervorriefen. Einmal die Verfolgung libyscher Wirtschaftsstraftäter und aktiver Oppositioneller der libyschen Revolution im Exil (so die Kampagne 1980 mit 12 Ermordeten, 1985 Ermordung eines Oppositionellen in Bonn), zum anderen die weltweite Diffusion des Grünen Buches (das die Grundzüge der Dritten Universalen Theorie Qaddafis in einer Handlungsanleitung zusammenfaßt) in Zusammenhang mit einem verstärkten weltweiten Engagement. Die Proklamation Libyens zum „Mekka aller Befreiungsbewegungen und Revolutionäre“ konkretisierte sich in der Folgezeit durch diverse, libysch finanzierte Treffen, zuletzt der „2. Internatio-

²² Vgl. zur Konferenz: Foreign Liaison Office. The Arab-American Peoples Dialogue. Tripolis 1980. 341 Seiten.
Vgl. auch Arab News (Jidda), 26. April 1986: To combat imperialism: Qaddafi urges global front.

nenalen Konferenz gegen Imperialismus, Zionismus, Rassismus, Reaktion und Faschismus“ (Tripolis, 14. bis 19. März 1986), an der über 700 Vertreter revolutionärer oder sich als revolutionär verstehender Bewegungen aus allen Kontinenten teilnahmen und die der Koordination des gemeinsamen Kampfes dienen sollte.

Die Zusammenarbeit Libyens mit diesen revolutionären Organisationen und die dadurch indirekt gegebene Verwicklung Libyens in Anschläge, die von diesen Gruppierungen verübt wurden, hat insbesondere die Vereinigten Staaten auf den Plan gerufen und ihre Bemühungen zur „Bekämpfung des internationalen Terrorismus“ intensiviert. Libyen, durch sein offen propagiertes revolutionäres Verständnis und seine finanziellen Mittel zumindest ein nützlicher Kommunikator für diverse Gruppierungen, stand dabei im Mittelpunkt der amerikanischen Gegenreaktion. Die gegenseitigen Beschuldigungen und Provokationen insbesondere der Sechsten US-Flotte in dem von Libyen als Hoheitsgewässer beanspruchten Golf von Sirte sowie die Versuche, das Qaddafi-Regime durch Förderung der internen Opposition zu stürzen, eskalierten zwischen 1981 (nach dem Amtsantritt Präsident Reagans) und 1986 in der bekannten Weise: Mai 1981 Schließung des libyschen Volksbüros in Washington, 19. August 1981 Abschluß von zwei libyschen Flugzeugen über dem Golf von Sirte, März 1982 Importstop für libysches Erdöl, Februar 1983 Bright Star-Manöver zusammen mit ägyptischen Streitkräften, Juni 1985 Ausweisung eines libyschen UN-Diplomaten wegen Verwicklung in Attentate auf libysche Dissidenten in den USA, Januar 1986 totaler US-Wirtschaftsboykott gegen Libyen, März 1986 Provokation der Libyer durch neue Manöver im Golf von Sirte und am 15. April 1986 US-Luftangriff auf Tripolis und Benghazi.²³ Als Vorwände für solche Aktionen dienten in der Regel angebliche Verwicklungen Libyens in jeweils vorhergegangene terroristische Anschläge.

Die innerarabischen Auswirkungen des Konflikts

Die militärische libysch-amerikanische Konfrontation sowohl im August 1981 als auch im März und April 1986 hat nachweislich zu einer Solidaritätsbewegung mit Libyen geführt und die arabischen Zeitungen (El Moujahid, L'Opinion, L'Orient-Le Jour, Kuwait Times, al-Fajr al-Jadid oder az-Zahf al-Akhdar) legen davon Zeugnis ab. Nicht nur alle arabischen Staaten einschließlich des Iraq und Saudi-Arabiens haben Qaddafi Hilfe und Unterstützung zugesagt oder zumindest wie Ägypten und Tunesien zur friedlichen Lösung des Konflikts aufgerufen, auch PLO-Führer Arafat hat sich „in dieser Stunde der Konfrontation“, trotz des seit 1979 bestehenden Streits, zu Libyen bekannt. Hinzu kommen unzählige Solidaritätsadressen aus anderen blockfreien Staaten und den sozialistischen Ländern.

²³ Vgl. zu den Hintergründen und zur Entwicklung des amerikanisch-libyschen Konflikts insbesondere die im Sommer 1986 erscheinende Publikation: Der amerikanische Angriff auf Tripolis und Benghazi am 15. April 1986. Eine Dokumentation zur Genese des amerikanisch-libyschen Konflikts und seinen internationalen Auswirkungen. Zusammengestellt und eingeleitet von Hanspeter Mattes, Hamburg (Deutsches Orient-Institut; Reihe: Aktueller Informationsdienst Moderner Orient. Sondernummer; circa 160 Seiten).

Der realpolitische Effekt dieser Solidaritätsbekundungen oder die Verurteilung der US-Aggression durch die Arabische Liga ist jedoch gering. Es wird mit Sicherheit auch nicht die von Libyen geforderten politischen und wirtschaftlichen Sanktionen gegenüber den USA und Großbritannien von Seiten der arabischen Staaten geben, weil die Einzelinteressen jedes staatlichen arabischen Akteurs - zumal auf Dauer - zu stark divergieren: So sind einmal verschiedene arabische Staaten (zum Beispiel Marokko, Ägypten, Saudi-Arabien, Tunesien) durch die benötigte Militär- und/oder Wirtschaftshilfe in ihrer Kritik an den USA mehr oder weniger zurückhaltend, zum anderen sind die arabischen Golfstaaten, selbst wenn sie den amerikanischen Luftangriff an sich verurteilen, nicht bereit, sich mehr als verbal für Qaddafi zu engagieren, ist doch die libysche Unterstützung für den Iran, dessen Krieg mit dem Iraq ihre eigene Herrschaft zu destabilisieren droht, nicht vergessen. Demgegenüber hat sich die strategische Allianz zwischen Libyen und Iran (einschließlich Syrien) intensiviert, wobei die zahlreichen gegenseitigen Besuche auf höchster Ebene ein Indikator für die sich ausdehnenden bilateralen Beziehungen sind. Hinsichtlich der Beziehungen zum Sudan ist Libyen zwar ebenfalls an einer starken Anbindung interessiert und versucht, seine Stellung im Sudan durch Förderung einer sudanesischen prolibyschen Revolutionskomiteebewegung zu festigen, doch zeigt die Politik des neuen sudanesischen Ministerpräsidenten Sadiq al-Mahdi trotz langjährigen Exils in Libyen eine ausgewogenere Tendenz als erwartet mit Betonung auch der historischen Bande zu Ägypten. Die ägyptisch-libysche Rivalität um den Sudan ist deshalb, so Hamza Hendawi in der *Jordan Times* (17. Mai 1986), in eine neue Phase eingetreten. Insgesamt sind die arabischen Staaten, über den Fall Libyen hinaus, über die Aggression einer Weltmacht gegen einen arabischen Staat besorgt, was sich als Meinung auch in der Presse niederschlägt. So wird in einem Leitartikel der kuwaitischen Zeitung *al-Qabas* vom 26. April 1986 „die Bildung einer arabischen schnellen Eingreiftruppe“ gefordert, „um so *jedes* arabische Land gegen ausländische Angriffe zu schützen“.²⁴ Andere Artikel dagegen beschäftigen sich wie in der Tageszeitung *L'Opinion* (Rabat) mit der Frage nach der fehlenden „kollektiven Sicherheit der arabischen Welt“ (3. Mai 1986), insbesondere nach der Weigerung des amerikanischen Kongresses, selbst verbündeten Staaten wie Saudi-Arabien die Lieferung moderner Waffen (auf Druck der jüdischen Lobby) zu verweigern, und Said Fatmi weist ebenfalls in *L'Opinion* darauf hin, „que n'importe quel pays arabe pourra etre demain agresse“.

Ganz generell wird quer durch alle arabischen Staaten eine antiarabische Welle im Westen konstatiert, einmal weil systematisch „die Begriffe *Terrorismus* und *Araber* absichtlich mehr und mehr gleichgesetzt werden“ (Fadi Agha, in: *International Herald Tribune*, 25. Mai 1986), Reagan die Araber in gute (= Alliierte) und schlechte (= Terroristen) zu spalten versuche, die amerikanischen Medien im Zuge ihres von Reagan initiierten „goodhearted Crusade“ verstärkt zum Mittel des antiarabischen und „Dritte-Welt-feindlichen

²⁴ Vgl. zu den Details *al-Qabas* selbst oder *Kuwait Times*, 27 April 1986 Call for Arab force to face aggression

Medienterrors“ (Haider Mehdi)²⁵ greifen, vor allem aber das antiamerikanische Verhalten in der amerikanischen Außenpolitik zugenommen habe. Der Delegierte der Arabischen Liga in den USA, Clovis Maksoud, nannte explizit die amerikanisch-israelische Kooperationsvereinbarung zu SDI, die Weigerung zur Lieferung moderner Waffen an Jordanien und Saudi-Arabien und die Versuche des Kongresses, die PLO zu kriminalisieren.²⁶

Das arabische Unbehagen an der amerikanischen Nahostpolitik auch auf hoher politischer Ebene - selbst wenn politische, militärische oder ökonomische Sachzwänge eine andere (Real-)Politik verlangen - ist jedoch nicht zu übersehen. In diesem Sinne hat auch der UN-Vertreter der Vereinigten Arabischen Emirate der Auffassung vieler Araber entsprochen, als er vorschlug, das Jahr 1986 zum „Internationalen Jahr amerikanischer Überheblichkeit“ zu proklamieren.

25 Vgl. Kuwait Times, 7. Mai 1986: Reagan no friend of Third World. Haider Mehdi gibt exemplarische Beispiele: „Gaddafi is a mad dog, Castro is a maniac, Nicaraguans are criminals, Assad is a dictator, the Soviet leadership is evil, Mao was demagogue, Jamal Abdul Nasser was Hitler...“

26 Vgl. Kuwait Times, 10. Mai 1986: Arab concerns over American hostility.